amnesty international: Jahresbericht 1992. Fischer-Taschenbuch.
ISBN 3-596-11192-7. Preis: 13,90 DM

El Salvador (Republik)

Zahlreiche Personen wurden Berichten zufolge von den Sicherheitskräften extralegal hingerichtet. Für annähernd 35 weitere Todesfälle und zahlreiche Morddrohungen wurden mutmaßlich mit den Streitkräften verbündete »Todesschwadronen« verantwortlich gemacht. Zwar befanden im Berichtszeitraum Richter einen Oberst der Armee für schuldig, 1989 sechs Jesuitenpriester und zwei Universitätsangestellte ermordet zu haben, ansonsten aber gelang es den Streitkräften auch weiterhin, sich ihrer Verantwortung für Hunderte extralegale Hinrichtungen und Fälle von »Verschwindenlassen« aus den Vorjahren zu entziehen. Gefangene im Gewahrsam der Polizei und des Militärs wurden häufig gefoltert, die per Gesetz für Inhaftierungen vorgeschriebenen Verfahren weiterhin mißachtet.
Verhandlungen zwischen der Regierung und der Oppositionsgruppe Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional – FMLN*) führten schließlich am 31. Dezember 1991 zu der Unterzeichnung der sogenannten New Yorker Erklärung, in der ein Zeitplan für einen Waffenstillstand und den Abschluß eines endgültigen Friedensabkommens festgelegt wurde. Bei ihren früheren, durch Vermittlung der Vereinten Nationen zustande gekommenen Gesprächen hatten sich beide Seiten bereits auf eine Reform der Streitkräfte und des Justizwesens geeinigt sowie Absprachen über Umstrukturierungen im sozialwirtschaftlichen Bereich getroffen.
Die gesetzgebende Versammlung stimmte einer Reihe von verfassungsmäßigen Reformen des Justizwesens zu, die unter anderem die Ernennung eines Staatsanwalts für Menschenrechte vorsahen. Bis Ende des Jahres war der Posten jedoch noch nicht besetzt worden. Eine ebenfalls vorgesehene verfassungsmäßige Reform der Polizei und der Streitkräfte, wonach unter anderem bestimmte Einheiten der Streitkräfte und der Sicherheitsdienste aufgelöst und eine unter ziviler Kontrolle stehende Polizeibehörde aufgebaut werden sollte, hatte das Parlament bis Ende 1991 noch nicht verabschiedet. Im April brachte die regierende Nationalistische Republikanische Allianz (*Alianza Republicana Nacionalista – ARENA*) zusätzlich zu dem Paket der vorgeschlagenen Verfassungsreformen eine weitere Gesetzesvorlage ein, die eine erweiterte Anwendung der Todesstrafe für bestimmte in Friedenszeiten begangene Delikte vorsah. Die gesetzgebende Versammlung lehnte diese Gesetzesinitiative im Oktober jedoch ab.
Im April verständigten sich Regierung und FMLN über die Einsetzung einer Wahrheitskommission mit dem Auftrag, die seit 1980 von Regierungskräften oder FMLN-Truppen verübten »Gewaltakte besonderer Bedeutung« zu untersuchen. Die Vereinbarung enthielt indessen weder

eindeutige Kriterien für die Auswahl in Frage kommender Fälle, noch verlieh sie der Kommission, die nach Ablauf von sechs Monaten einen Abschlußbericht vorlegen soll, richterliche Vollmachten. Ihre drei Mitglieder wurden im Dezember vom Generalsekretär der Vereinten Nationen benannt. Regierung und FMLN vereinbarten ferner, einen Prozeß der Säuberung der Streitkräfte auf der Basis einer Überprüfung aller ihrer Angehörigen durch eine Ad-hoc-Kommission einzuleiten.
Im Juli nahm eine Beobachterdelegation der Vereinten Nationen (ONUSAL), die die Einhaltung des von der Regierung und der FMLN in San José, Costa Rica, im Juli 1990 unterzeichneten Menschenrechtsabkommens (siehe Jahresbericht 1991) überwachen soll, ihre Arbeit in El Salvador auf. In den von der ONUSAL im September und November veröffentlichten Berichten wies die Kommission auf die Schwierigkeiten hin, die Einhaltung des Abkommens zu überwachen, solange noch kein Waffenstillstand vereinbart sei. Sie listete konkrete Verstöße gegen die Abmachung auf und unterbreitete beiden Seiten vorläufige Empfehlungen.
Im März fanden Parlaments- und Gemeindewahlen statt, begleitet von gelegentlichen Zusammenstößen und Vorwürfen über Wahlbetrug. Die ARENA verlor ihre absolute Mehrheit in der gesetzgebenden Versammlung, die Linksparteien-Koalition *Convergencia Democrática* (Demokratische Konvergenz) gewann acht Sitze und zog erstmals in das Parlament ein.
Trotz der Friedensgespräche forderte der bewaffnete Konflikt weiterhin zahlreiche Opfer – sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch in den Reihen der Militärs. In Berichten hieß es, Mitglieder der FMLN hätten Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte sowie mutmaßliche Kollaborateure unter hinrichtungsähnlichen Umständen ermordet. Im Januar schossen FMLN-Kämpfer ein US-amerikanisches Flugzeug ab und töteten einen der an Bord befindlichen amerikanischen Militärberater. Zwei andere Insassen wurden gefangengenommen und später erschossen. Die FMLN nahm ihre für die Aktion mutmaßlich verantwortlichen Mitglieder selbst fest und erklärte, ihnen werde in Anwesenheit internationaler Beobachter der Prozeß vor einem FMLN-Gericht gemacht. Im September kündigte sie jedoch an, sie wolle die Verdächtigen nach Abschluß der Justizreform den Behörden überstellen und den gesamtem Fall der Wahrheitskommission übergeben. Im Juli nahm die FMLN Serafín Orlando Merino Interiano, einen Angehörigen der Finanzpolizei, gefangen und exekutierte ihn. Sie behauptete, er sei für schuldig befunden worden, ein »repressiver Folterer« zu sein.
Zum Kreis derjenigen Personen, die unter Umständen ums Leben kamen, welche vermuten ließen, daß es sich um extralegale Hinrichtungen durch Regierungstruppen handelte, zählten Wahlkandidaten angeblich

Tochter der Köchin wurde zusätzlich ein Leutnant verantwortlich gemacht. Sieben Soldaten niederer Dienstränge hingegen, darunter diejenigen, die gestanden hatten, die Tötungen auf Befehl des Obersten vorgenommen zu haben, wurden freigesprochen. amnesty international hatte den Prozeß beobachtet und war auf Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Ermittlungen und während des Hauptverfahrens gestoßen. Aufgrund dieser Unregelmäßigkeiten gingen die eigentlichen Mörder straffrei aus, und es wurden weitergehende Untersuchungen über eine mögliche Beteiligung ranghoher Militärs an der Planung oder Vertuschung der Morde vereitelt. Ende 1991 hatte der Richter das Strafmaß noch nicht verkündet, da noch andere mit dem Fall verknüpfte Verfahren anhängig waren. So wurde gegen vier der Angeklagten in einem gesonderten Prozeß wegen terroristischer Akte und gegen weitere vier Angehörige des Militärs wegen Meineids und Unterdrückung von Beweismitteln verhandelt.

In anderen, weniger publizierten Verfahren gingen Angehörige der Streitkräfte, die sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatten, straffrei aus. Zwei Wochen nach dem Jesuitenprozeß sprach eine Jury in Sonsonate 13 ehemalige Angehörige einer Zivilverteidigungspatrouille von der Anschuldigung frei, zwischen 1980 und 1982 in Armenia, Sonsonate, mindestens sieben Personen getötet zu haben, obwohl mehrere Angeklagte die Morde gestanden hatten. In einem anderen Prozeß wurde das FMLN-Mitglied Jorge Miranda des Mordes an dem Menschenrechtler Herbert Anaya 1987 für schuldig befunden. Der Generalstaatsanwalt hatte die Entscheidung des vorinstanzlichen Gerichts von 1990, Jorge Miranda von der Mordanklage freizusprechen, da sein Geständnis unter Zwang zustande gekommen sei, angefochten (siehe Jahresberichte 1988 bis 1991). Angehörige des Gefangenen und Menschenrechtler betonten, Jorge Miranda sei abgeurteilt worden, um die Verwicklung der Sicherheitskräfte in den Mord an Herbert Anaya zu vertuschen.

Im Berichtsjahr wurden nur wenige neue Fälle von »Verschwindenlassen« durch die Sicherheitskräfte gemeldet; allerdings gab die Tatsache, daß Personen häufig länger als gesetzlich zulässig in unbestätigter Haft gehalten wurden, wiederholt Anlaß zu Befürchtungen, die Betreffenden könnten dem »Verschwindenlassen« zum Opfer gefallen sein. Umfassende Ermittlungen zur Aufklärung des Schicksals Hunderter in den Vorjahren »verschwundener« Personen fanden mit einer einzigen Ausnahme nicht statt. Im August entdeckte man die Leichen von zwei im Dezember 1989 »verschwundenen« Mitgliedern der Bauernkooperative San Cayetano in Ahuachapán (siehe Jahresbericht 1991). Im Zusammenhang mit ihrer Tötung nahmen die Behörden vier Angehörige einer Zivilverteidigungspatrouille fest. Das Schicksal von vier weiteren »verschwundenen« Mitgliedern der Kooperative blieb dagegen im dunkeln.

Die Effektivität des 1990 eingerichteten Informationsbüros über Häftlinge war aus einer Reihe von Gründen erheblich eingeschränkt: in vielen Fällen unterließen es die Sicherheitskräfte, umgehend Namenslisten festgenommener Personen vorzulegen; außerdem besaß das Büro keine Vollmachten, diejenigen, die Anfragen ignorieren, mit Sanktionen zu belegen; schließlich waren Militäreinheiten von der Pflicht zur Vorlage von Listen ihrer Häftlinge generell befreit.

Zahlreiche Gefangene erhoben den Vorwurf, sie seien physisch und psychisch gefoltert worden, um sie entweder zur Zusammenarbeit mit den Regierungskräften zu zwingen oder um ihnen das »Geständnis« abzupressen, daß sie Verbindungen zur FMLN unterhalten. Die meisten Häftlinge berichteten, sie seien psychisch mißhandelt worden, beispielsweise indem man ihnen mit dem Tode drohte. Folterhandlungen wurde dadurch Vorschub geleistet, daß die Praxis der Incomunicado-Haft (ohne Kontakt zur Außenwelt), obwohl 1990 vom Oberkommando der Armee ausdrücklich verboten, nach wie vor weit verbreitet war. Zwischen April und Juli beispielsweise wurden in Morazán zahllose Bauern, unter ihnen Minderjährige, von Soldaten des Militärkommandos Nr. 4 (*Destacamento Militar No. 4*) im Zuge militärischer Operationen festgenommen und über Stunden hinweg, einige sogar tagelang, ohne die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu einem Rechtsanwalt oder ihren Familien in Gewahrsam gehalten. Viele der Häftlinge wurden während ihrer Verhöre mit der *capucha*, einer mit Kalk imprägnierten Gummikapuze, beinahe zum Ersticken gebracht oder an den Füßen oder Handgelenken aufgehängt. Ein Gefangener berichtete, er sei so lange geschlagen worden, bis er Blut spuckte. Mindestens drei Häftlinge wurden weit über die gesetzlich zulässige Frist von 72 Stunden hinaus in Gewahrsam gehalten.

amnesty international drängte weiterhin darauf, umfassende und unabhängige Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen durchzuführen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Sie forderte die Regierung auf zu gewährleisten, daß die Wahrheitskommission das spezielle Mandat erhalte, extralegale Hinrichtungen sowie Folter- und »Verschwundenen«-Fälle zu untersuchen. Im April appellierte die Organisation an die Mitglieder des Parlaments, der Gesetzesvorlage zur erweiterten Anwendung der Todesstrafe nicht zuzustimmen. Sie drängte die Regierung wiederholt, für den Schutz derjenigen Personen Sorge zu tragen, die Todesdrohungen erhalten haben.

FMLN-nahestehender Parteien. Am 21. Februar wurden der Kandidat für die Nationalistische Demokratische Union (*Unión Democrática Nacional – UDN*), Heriberto Robles, und seine schwangere Ehefrau Vilma Palacios in San Salvador erschossen. Am 6. März erlitt Blanca Mirna Benavides, UDN-Kandidatin in Santa Ana, schwere Verletzungen, nachdem bei einer ARENA-Kundgebung in San Salvador aus einem Fahrzeug heraus auf sie geschossen worden war.
Am 30. März wurde Francisco Cruz Menjívar, eine Woche nachdem er aus achtjährigem Exil in Honduras nach El Salvador zurückgekehrt war, in der Nähe seiner Wohnung in Nueva Trinidad, einer Gemeinschaft ehemaliger Flüchtlinge, erschossen. Die Behörden behaupteten, er sei in einen Schußwechsel zwischen der FMLN und dem Bataillon Atlacatl geraten und darin umgekommen. Anwohner bestritten indessen, daß an jenem Tag in der Gegend gekämpft worden sei. Nach ihrer Darstellung haben Einheiten des Bataillons Francisco Cruz Menjívar vorsätzlich getötet. Bis Ende 1991 war entgegen dem Wunsch seiner Angehörigen keine Autopsie erfolgt.
Am 25. September holten bewaffnete Männer in Zivil José Samuel Fuentes Marroquín aus seiner Wohnung in La Libertad. Sie wiesen sich als Angehörige verschiedener örtlicher Militär- und Polizeieinheiten aus und beschuldigten ihn, Waffen für die FMLN versteckt zu haben. Am darauffolgenden Tag wurde er auf einem Feld tot aufgefunden. Man hatte ihm Nase und Ohren abgeschnitten und die Kehle aufgeschlitzt. Einer der seltenen Versuche, Angehörige der Sicherheitskräfte strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, führte nach Abschluß polizeilicher Ermittlungen zur Festnahme von zwei Polizeibeamten. Ein dritter Polizist, der im Verdacht stand, den Schießbefehl gegeben zu haben, blieb dagegen auf freiem Fuß.
Aus Gemeinschaften zurückgeführter Flüchtlinge, meist in Konfliktgebieten gelegen, kamen häufig Berichte, denen zufolge Soldaten die Gemeinden eingekreist hatten oder dort eingedrungen waren und die Bewohner mit Gewehren, Granaten oder Tränengas angegriffen hatten. Am 2. September feuerten im Departement Chalatenango Soldaten von nahe gelegenen Hügeln Maschinengewehrsalven auf die Gemeinde San José Las Flores ab. Eine der Kugeln traf die neun Monate alte Maira Norelvis Salazar Hernández, die ahnungslos vor dem Haus ihrer Familie spielte. Das Kind erlitt eine Schußverletzung am Bein, der sie kurze Zeit später erlag. Nach Aussagen der Dorfbewohner hatten sich dort zur fraglichen Zeit keine Mitglieder der FMLN aufgehalten.
Annähernd 35 Tötungen wurden »Todesschwadronen« zur Last gelegt, die, wie man annahm, mit den Streitkräften verbündet waren. Zahlreiche Opfer konnten nicht identifiziert werden, da ihre Leichen verstümmelt waren. In der Nacht des 6. Oktober wurde Gloria Linares de Castaneda

von vier Männern in Zivil aus ihrer Wohnung in Santa Ana verschleppt und ermordet und die Leiche mit Macheten zerstückelt. Eine salvadorianische Menschenrechtsorganisation erklärte, die Mörder hätten ihr Opfer für eine FMLN-Kollaborateurin gehalten. In zwei den »Todesschwadronen« zur Last gelegten Fällen – dem Massenmord an 15 Mitgliedern einer Bauernfamilie in El Zapote im Januar und dem Mord an dem Nachtwächter des Rates der Randgemeinden (*Consejo de Comunidades Marginales – CCM*), Martín Ayala, im Juli – wurden die mutmaßlich Verantwortlichen später festgenommen. Im Fall des Massakers von El Zapote verhafteten die Behörden zwei Frauen und drei ehemalige Angehörige der Sicherheitskräfte, im Fall Ayala zwei Männer und eine Frau. Trotz widersprüchlicher Aussagen der Festgenommenen und ungeachtet vorliegender Indizien, die in beiden Fällen auf eine Beteiligung der Sicherheitskräfte hindeuteten, beharrte die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung von Straftaten auf ihrer Darstellung, die Vorkommnisse seien lückenlos aufgeklärt worden. Sie bestritt jegliches politische Motiv und führte die Tötungen in El Zapote auf eine Familienfehde, den Mord an dem *CCM*-Wächter auf einen Racheakt eines früheren Mitarbeiters zurück.
In der zweiten Jahreshälfte erhielten mehrere prominente Kritiker der Regierung schriftliche Morddrohungen, unterschrieben von einer Gruppe, die sich selbst als Salvadorianische Antikommunistische Front (*Frente Anticomunista Salvadoreño – FAS*) bezeichnete. Im September verließ Mirtala López, Mitglied der Christlichen Kommission für die Vertriebenen in El Salvador (*Comité Cristiano pro Desplazados de El Salvador*), vorübergehend das Land, nachdem sie vier Morddrohungen erhalten hatte. Ähnliche Drohungen richteten sich im Dezember gegen Juan José Huezo, Generalsekretär des Nationalen Gewerkschaftsbundes der Arbeiter (*Federación Nacional Sindical de Trabajadores Salvadoreños – FENASTRAS*). Er hatte in aller Öffentlichkeit das Versagen der Regierung kritisiert, Aufklärung in einen Bombenanschlag vom Oktober 1989 zu bringen, bei dem zehn FENASTRAS-Mitglieder ums Leben gekommen waren (siehe Jahresbericht 1990).
Die meisten Tötungen und Morddrohungen wurden wie Hunderte anderer Fälle aus den Vorjahren weder untersucht noch geahndet. In den wenigen Fällen, in denen die Behörden Schritte einleiteten, um das Militär für ungesetzliche Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen, geschah dies unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit. Im September befand ein Geschworenengericht einen Oberst der Armee für schuldig, im November 1989 sechs Jesuitenpatres, die Köchin der Ordensgeistlichen und deren Tochter ermordet zu haben (siehe Jahresberichte 1990 und 1991). Damit wurde in El Salvador erstmals ein ranghoher Armeeoffizier wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Für den Mord an der